

Zeche Walsum soll schon 2007 sterben

Das Bergwerk Walsum in Duisburg mit 2.750 Mitarbeitern und einer Jahresförderung von 2,2 Millionen Tonnen bester Steinkohle, soll nach einer WAZ-Meldung vom 5.1.2007 schon früher als bisher geplant Ende 2007 die Förderung einstellen.

Deutschland hat die modernsten, umweltverträglichsten und unfallsichersten Bergwerke der Welt, und die deutsche Bergwerksmaschinentechnik hat Weltruf. Ausbau- und Abbausysteme der Ruhrkohle-Tochterfirma »Deutsche Bergwerks Technik DBT«, in den heimischen Bergwerken entwickelt und getestet, sind Exportschlager und in den USA, in Australien, in Südafrika, in China und anderen Förderländern im Einsatz.

Alles dieses Wissen (in neudeutsch »know how« genannt) wird mit der Stilllegung der deutschen Bergwerke verlorengehen bzw. nicht mehr weiterentwickelt werden können. Schon seit 2006 läuft der Verkauf von DBT-Teilbereichen an internationale Investmentgesellschaften auf Hochtouren, die sich deren Patente sichern wollen.

Zwischen 1999 und 2005 sind im Ruhrgebiet schon 100.000 Arbeitsplätze verlorengegangen.

Nun sind bei den rund 120 Bergbauzulieferfirmen bis zu 50 Prozent der 16.500 weiteren Arbeitsplätze bedroht (so VDMA-Sprecher Jochums am 9.2.2007).

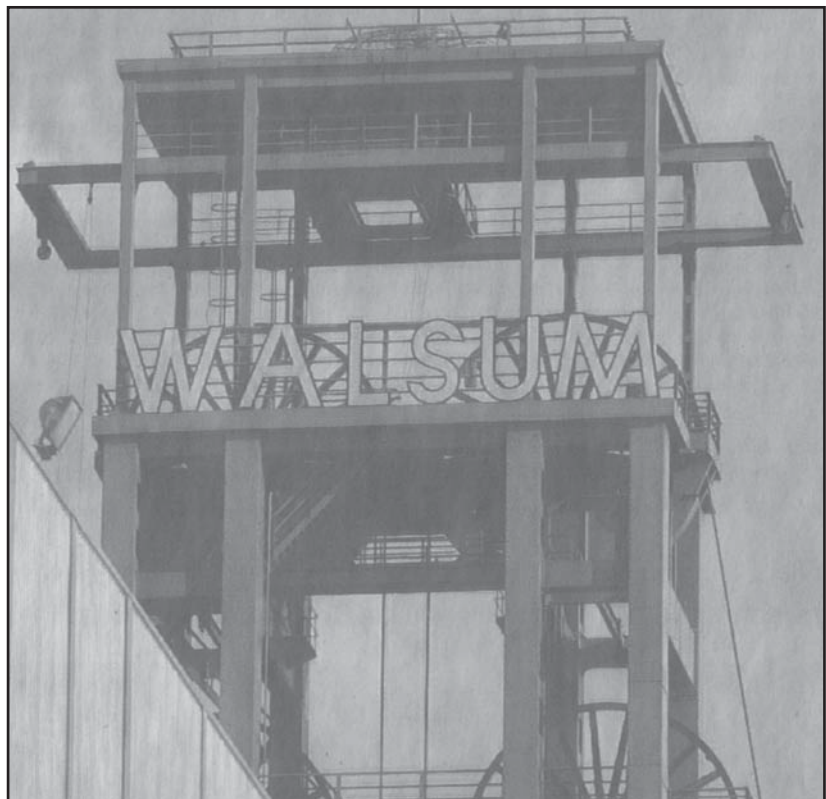
Deutschland wird stillgelegt, abgewickelt und zugemüllt!

(siehe dazu Seiten 9-10)

Der Rest von Versorgungssicherheit wird aufgegeben:

Später Triumph für Henry Morgenthau

Bundesregierung beschließt »Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau«



Hier liegt das Herz der deutschen Industriemacht. Dieses Gebiet soll nicht nur vollkommen demontiert, sondern auch so weit geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit nicht mehr zu einem Industriegebiet werden kann.

Aus den Bergwerken sollen alle Ausrüstungen entfernt und die Bergwerke geschlossen werden.

aus: David Irving, »Der Morgenthau-Plan 1944/45«

Nicht der Deutschenhaser Morgenthau, sondern die Regierung der »großen Volksparteien«, die das Wohl und Wehe des deutschen Volkes beschworen hat, hat mit ihrem Beschluß zum »Kohleausstieg« diesen Plan nunmehr endgültig verwirklicht.

AUS DEM INHALT:

- Kohlebenzin: Erst verboten, dann »vergessen«? S. 3
- Deutschland wird abgewickelt S. 5
- Finanzheuschrecken am Werk S. 6-8
- Müllhalde D S. 10

Das offene Wort**Noch alles normal?**

Wenn man die täglichen Meldungen aus Politik und Wirtschaft verfolgt, fragt man sich, ob und was in diesem unserem Lande eigentlich noch normal ist.

Der Bergbau wird stillgelegt, obwohl die Kohle eine der wenigen Schätze unseres rohstoffarmen Landes ist und die ganze Welt nach Energie schreit. Bergbau sei umweltschädlich und verschmutze die Luft. Außerdem könnten wir ja importieren. Aber wie lange noch? Noch fördern wir rund 25 Millionen Tonnen Steinkohle. China fördert fast zwei Milliarden Tonnen und hat gerade in diesen Wochen angekündigt, trotzdem noch Kohle importieren zu müssen.

Am 2.12.2006 meldete der WDR in der »Aktuellen Stunde«, in den vergangenen Jahren seien rund 800.000 Wohnungen aus öffentlicher Hand an »internationale Finanzinvestoren« verkauft worden. Allein die zur »Citigroup« gehörende DAIG (»Deutsche Annington«) hat angekündigt, ihren Wohnungsbestand in Deutschland auf über eine Million erhöhen zu wollen. Kein Mensch regt sich darüber auf, daß Mieten und Gewinne nicht bei uns bleiben, sondern in New York und Florida landen.

Die Grünen-Politikerin Künast fordert, wir sollten nur noch japanische Autos kaufen, die weniger Schadstoffe in die Luft pusten. Deutsche Arbeitsplätze sind ihr egal. Irgendwie muß die deutsche Autoindustrie ja kaputt zu machen sein.

Dafür importieren wir in das dichtbesiedelteste Land Europas massenweise Giftmüll aus aller Welt, und die Politiker reden sich heraus, sie könnten das alles nicht ändern, sonst würde der freie Handel, Waren- und Geldverkehr behindert, und das würde die EU verbieten.

Ist das alles noch normal? fragt sich Ihre

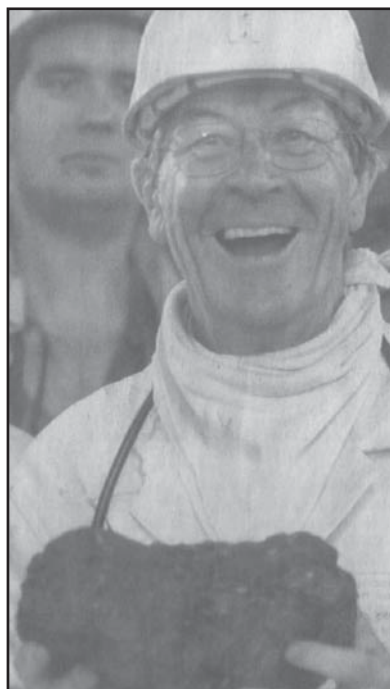
Sabine Möller

Subventionen für die Sicherheit nicht vertretbar?

Frage: Wenn Sicherheit keinen Preis mehr wert ist, warum dann kein Ausstieg aus der »subventionierten Bundeswehr«?

Alle reden vom Ausstieg aus dem »subventionierten« Bergbau. Mit dieser Betonung der »Subventionen«, also der Beihilfen auf Kosten der Steuerzahler, wurde monatelang Stimmung gemacht, um sich der Zustimmung der leicht- und gutgläubigen Bundesbürger zu versichern.

Noch 2003 versprach der Vielversprecher und heutige SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Müntefering den Bergleuten eine gesicherte Zukunft und den Wählern den Erhalt des Bergbaus zur Sicherung einer eigenen Energieversorgung.



SPD-Stimmenfänger Franz Müntefering auf Wahlkampftour bei einem Besuch der Zeche Walsum im Jahr 2003. Im August 2006 entlarvte er sich: **»Wir werden gemessen an den Versprechen aus den Wahlkämpfen. Das ist unfair.«**

Für die militärische Sicherheit stellt der Bundeshaushalt Jahr für Jahr rund 28 Milliarden Euro zur Verfügung (2006 = 27,9 und

2007 = 28,4 Milliarden Euro), um unsere Sicherheit u.a. am Hindukusch zu verteidigen, weil es um unsere Grenzen herum keine Feinde gibt.

Wenn uns die militärische Sicherheit jährlich 28 Milliarden Euro wert ist, warum dann ein solches Lamento um rund 2,5 Milliarden Euro für den Erhalt einer energiepolitischen Grundsicherheit und Notreserve?

Die Gefahren einer langfristigen Unterversorgung unserer Volkswirtschaft mit Energie und Rohstoffen und der politischen Erpreßbarkeit durch politisch unberechenbare Energielieferländer und profitgierige Weltkonzerne ist viel realer und naheliegender als eine militärische Bedrohung!

Der Subventionsbericht der Bundesregierung weist für alle Arten von Subventionen knapp 56 Milliarden Euro aus. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft, das auch die Zahlungen von Ländern und Kommunen und anderer öffentlicher Einrichtungen einrechnet, kommt sogar auf 153 Milliarden Euro.

Mit rund 2,5 Milliarden Euro fließen damit weniger als 4 % in die Steinkohle, 96 % in alle übrigen Bereiche. Die Stilllegung des deutschen Bergbaus muß also offensichtlich andere Gründe haben als den vielgepresenen Subventionsabbau.

Zum Nachdenken:

»82 Prozent der Deutschen glauben, daß das Volk politisch nichts zu sagen habe. Nur noch 5 Prozent vertreten die Meinung, daß sie mit ihrer Teilnahme an Wahlen die Politik „in starkem Maße“ mitbestimmen könnten.«

Welt am Sonntag, 11.2.2007

Benzin aus Kohle

Erst verboten, dann einfach »vergessen«?

Wie so viele wissenschaftliche Höchstleistungen, Erfindungen und Patente wurden vor 1945 in Deutschland der Not gehorchend auch Verfahren entwickelt, aus Steinkohle Benzin herzustellen: die Kohlehydrierung.

Bis zum Kriegsende produzierten 27 Werke nach verschiedenen Verfahren bis zu 6,5 Millionen Jahrestonnen Treibstoff durch Kohleverflüssigung. Um diese Menge einordnen zu können, hier ein Vergleich: 1967 hatte die BRD einen Treibstoffverbrauch von 12,5 Millionen Tonnen. Mehr als die Hälfte des Jahresverbrauchs wäre also schon damals durch eigenes, aus Kohle gewonnenes Benzin zu decken gewesen.

Energie bedeutet Macht, eigene Energie bedeutet nationale Unabhängigkeit

Kein Wunder also, daß die alliierten Besatzungsmächte in den Kontrollratsgesetzen als eine der ersten Maßnahmen die Kohlehydrierung verboten:

»Hiermit sind in Deutschland verboten und werden für gesetzwidrig erklärt: (...) Anlagen für strategische Großversorgung mit Treibstoff, Öl und Schmiermitteln. (...) Diese Einrichtungen oder Bauten sind vor oder zu dem Zeitpunkt der Beendigung der Besatzung zu schleifen oder zu entfernen (...).

Quelle: Kontrollratsgesetz Nr. 23, Berlin den 10. April 1946, Zitate aus Artikel II und Artikel V

Die Kohlenförderung hingegen wurde mit aller Macht gesteigert, sie bildete den Grundstock des Wiederaufbaus, bis Ende der 50er Jahre die Schwemme des billigen Erdöls einsetzte.

Alle Anregungen, Vorschläge und Forderungen zur Neuerrichtung von Hydrierwerken als Mög-

lichkeit, den deutschen Bergbau zu erhalten und sich gleichzeitig von Einfuhren unabhängiger zu machen, wurden von der Politik wie auf einheitliches Kommando hin als »unrentabel« abgewiesen. Statt dessen wurden über Jahrzehnte Milliarden DM Steuergelder für Stilllegungen und Folgekosten zum Fenster herausgeworfen – bis heute, und nach dem sogenannten »Kohlekompromiß« auch in aller Zukunft.

Denn selbst wenn man die letzte Zeche schließt, bleiben die »Ewigkeitskosten« für das Abpumpen des Grubenwassers und die Behebung der Bergschäden, die noch viele Jahre auftreten werden. Da das ganze Ruhrgebiet unterirdisch durch die Grubenbaue verbunden ist, kann ein Teil der Schächte nicht zugeschüttet werden, da sie als Pumpstationen gebraucht werden, sonst würde z.B. die durch den Abbau abgesenkte Stadt Gelsenkirchen eines Tages vier Meter unter Wasser stehen. Diese Kosten werden auf jährlich 400 bis 500 Millionen Euro geschätzt.

Wir schließen also unsere Zechen und importieren inzwischen nicht nur Öl und Gas (das auch ein Nebenprodukt der Kohlenförderung wäre), sondern auch immer mehr Kohle:

Ausgaben für die Einfuhr von Kohle, Koks und Briketts:

2002 = 1,917 Milliarden Euro
2003 = 1,835 Milliarden Euro
2004 = 2,972 Milliarden Euro

Quelle:
Statistisches Jahrbuch 2005, Seite 470

Kohleimporte in den letzten Jahren:

2004 = 27,036 Millionen Tonnen¹⁾
2005 = 42,300 Millionen Tonnen²⁾

Quellen:
¹⁾ Statistisches Jahrbuch 2005, Seite 390
²⁾ Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Die Entwicklung der Welt-Steinkohlen-Förderung in Millionen Tonnen

Länder	1970	2004
VR China	283	1910
USA	597	933
Indien	81	382
Australien	54	298
Südafrika	55	253
Rußland	197	179
Indonesien	0,2	109
Polen	154	101
Kasachstan	104	83
Ukraine	108	81
Kanada	13	54
Kolumbien	3	54
Vietnam	0	27
Deutschland	120	26
England	155	25
Nordkorea	22	16
Tschechien	28	15
Spanien	9	12
Mexiko	3	12
Venezuela	0	8

Quelle:
United States Geological Survey,
hier auf Millionen gerundet

Deutschland ist in den Fördermengen seit 1970 vom 6. auf den 14. Platz abgerutscht. Dafür importieren wir Kohle aus Ländern, in denen die Kohle unter wesentlich geringeren Umweltschutz-Beschränkungen abgebaut wird als bei uns.

Weltweit wurden 2004 rund 4,6 Milliarden Tonnen Kohle gefördert und die Jahresmengen steigen weiter.

Es grenzt an geistige Umnachtung, wenn manche Stilllegungs-Extremisten argumentieren, mit dem Ende des Bergbaus in Deutschland könne ein nennenswerter Beitrag zur Rettung des Weltklimas geleistet werden.

Kohle noch für vierhundert Jahre!

Von den deutschen Steinkohlevorräten gelten rund 24 Milliarden Tonnen als technisch gewinnbar. Angesichts der aktuellen Fördermenge von knapp 26 Millionen Tonnen ergibt sich bei gleichbleibender Fördermenge eine theoretische Reichweite von über 900 Jahren. Aufgrund ungünstiger geologischer Bedingungen wird aber auch in Zukunft trotz steigender Energiepreise und -knappheit nur ein Teil dieser Vorräte wettbewerbsfähig förderbar sein. Vertreter der deutschen Kohlewirtschaft beziffern deshalb unter Beibehaltung der derzeitigen Fördermengen die Reichweite der deutschen Steinkohle auf etwa 400 Jahre.

Unerschöpfliche Erdwärme vorrätig!

Die Schächte an der Ruhr und an der Saar sind mehr als 1.000 Meter tief. Mit der heute entwickelten Bohrtechnik wäre es überhaupt kein Problem, zusätzlich zum Kohleabbau aus den in dieser Teufe bestehenden Großräumen der Zechen noch 1.000 Meter tiefer zu bohren und nach dem Prinzip der verbundenen Röhren mit geringstem Energieaufwand warmes Wasser zur Fernwärmeversorgung ganzer Städte zu fördern.

Kohleverflüssigung – alles »vergessen«?

Im Schock der Ölkrise 1973 erinnerte man sich. Am 6.11.1973 titelte die Neue Ruhr Zeitung (NRZ):

»Kohle in Hydrieranlagen zu Treibstoff zu verflüssigen, ist nicht neu. Inzwischen hatte man jedoch dieses Verfahren schlicht vergessen.«

Das ist nicht nur unglaublich, sondern geradezu lächerlich. Nachdem das Verbot von der alliierten Hohen Kommission mit

dem Gesetz A-38 vom 5.5.1955 aufgehoben wurde, hätte man mit der großtechnischen Hydrierung starten können, statt später mit Milliarden DM die Atomspaltwerke zu subventionieren.

Schon 1969 legte Dr.-Ing. Herbert Barking, MdL, einer der anerkanntesten Fachleute der damaligen Bundesregierung, eine Studie über die Kosten von Kohle-Benzin vor. Beim damaligen Kohlepreis von 60 DM je Tonne hätte ein Liter Kohle-Benzin 18,2 Pfennig gekostet (vgl. UN 11/73). Bei einer Senkung der Mineralölsteuer für Kohle-Benzin um wenige Pfennige wäre die Kohlehydrierung schon damals wettbewerbsfähig gewesen!

Es fehlen einem die Worte!

Von 1977 bis 1980 zeigten sieben im Kleinstmaßstab errichtete Pilotanlagen zur Kohleverflüssigung unter Weiterentwicklung der vor 1945 betriebenen Anlagentechnik positive Versuchsergebnisse auf. Daraufhin wurde im Januar 1980 ein Programm zur großtechnischen Kohlevergasung und -verflüssigung aufgelegt. Es sah 14 Projekte zur großmaßstäblichen Kohleveredlung mit einem Investitionsbedarf von 13 Milliarden DM und einem Einsatz von 10 Millionen Tonnen Stein- und 12 Millionen Tonnen Braunkohle vor.

Diese auf heimischen Reißbrettern entwickelte Kohleverflüssigung gilt weltweit als führende Technologie. Aber nichts geschah. Im Gegenteil:

Die modernste Pilotanlage der Bergbauforschungsanstalt DMT (Essen) wurde 2004 – ähnlich wie die Kokerei Kaiserstuhl – fein säuberlich abgebaut und nach China verkauft.

Dort soll mit Hilfe deutscher Experten noch 2007 eine Anlage anlaufen, die jährlich 9,7 Millionen Tonnen Kohle zu Benzin, Kerosin, Diesel und Nebenprodukte herstellen soll.

»Energie ist die Grundlage unserer Wirtschaft, unseres gesamten Lebens. Ohne Energie kein Verkehrswesen, kein Nachrichtenwesen, keine Wehrmacht, keine Notstandseinrichtungen, keine eigenständige Wirtschafts-, Innen- oder Außenpolitik.

Abhängigkeit vom Energie-Import bedeutet moderne Sklaverei.

Es ist ein Vergehen an einem Volk und seiner Zukunft, wenn ein Parlament und eine Regierung es zulassen, daß die Wirtschaft eines Volkes und damit die gesamte Politik abhängig wird

- von der Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland, denn die sozialste, christlichste und vollkommenste Gesellschaftsordnung bricht zusammen, wenn die Menschen nicht mehr satt werden, und

- von der Einfuhr von Energie aus dem Ausland.

Versorgung, Wirtschaft und Verteidigung enden im Chaos, wenn politische oder wirtschaftliche Krisen irgendwo in der Welt, Katastrophen oder politische Erpressung die Einfuhr von Energieträgern verhindern.

Durch die Stilllegung der in der BRD vorhandenen Urproduktion Bergbau und Landwirtschaft geraten wir mehr und mehr in diese totale Abhängigkeit.

In diese katastrophale Lage wurden wir durch die einmütige Politik aller bisherigen Regierungen und aller Parteien gebracht, nicht etwa leichtfertig, sondern in absoluter Kenntnis der zu erwartenden Entwicklung.

Eine grundlegende Änderung zu einer Politik der Unabhängigkeit ist nach 20 Jahren verfehlter Politik von den bisherigen, heute noch alleinherrschenden Parteien nicht mehr zu erwarten.

Ihre Ablösung ist daher für die Zukunft unseres Volkes lebensnotwendig!«

Zitat aus der UN 5/1969, der Zeit der ersten Zechen-Stillegungswelle.

Deutschland wird abgewickelt und mit Grund und Boden verkauft

Hunderttausende Wohnungen aus ehemaligem Werksbesitz, aus dem Anlagevermögen, also den Beiträgen der Pflichtversicherungen, der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) gebaute und mit Steuergeldern geförderte Sozialwohnungen der Kommunen und der Länder wurden schon in den vergangenen Jahren an internationale Heuschrecken-Fonds verhöckert, und der Ausverkauf geht weiter.



Ben Shalom Bernanke

Bezahlt wird in den meisten Fällen mit wertlosen US-Dollars, die der Chef der im Privatbesitz einiger Großbanken stehende »Federal Reserve Bank«, Ben Shalom Bernanke, pausenlos und in unbekannter Menge drucken läßt.

Seit dem 23.3.2006 veröffentlicht die amerikanische FED keine Angaben mehr zur M3-Geldmenge.

Die Angaben zur M3-Geldmenge sind unerlässlich zur Berechnung der Inflationsrate.

In Zukunft wird also kein Mensch mehr einschätzen können, welchen Wert sein grünes Papiergeld noch hat!

»Die Milliarden-Jongleure: Gastgeber Steinbrück befürchtet einen globalen Finanzkollaps«

So lautete die Titelzeile der Westdeutschen Allgemeinen (WAZ) am 9.2.2007, dem Tag vor Beginn des G7-Gipfels der Finanzminister und Notenbankchefs in Essen. Der Bundesfinanzminister bestätigt damit ganz offiziell, was in vielen Büchern und Studien zwar vorhergesagt, aber von Politik und Medien bisher nicht aufgenommen und als Horror-Phantasien abgetan wurde.

Die »Insider« wissen schon lange, daß diese Blase eines Tages platzen wird. Deshalb legen sie dieses ungedeckte Papiergeld wie in einem Kaufrausch in Sachwerten, in Grund und Boden und in Firmen an, um sie auszuschlachten, vornehmlich in der Bundesrepublik Deutschland.

Undurchschaubare Firmengattungen wie »Hedgefonds«, »Private Equity Fonds« oder, so die neueste angelsächsische Finanzkonstruktion namens »Real Estate Investment Trusts« – meist unkontrollierbar in Steueroasen sitzend – wittern in der Bundesrepublik ein großes Geschäft, denn der deutsche Immobilienmarkt gilt bei diesen Spekulanten als unterbewertet. Hinzu kommt, daß die überschuldeten Länder und Kommunen gezwungen sind, ihren Wohnungsbestand abzustößen, um die aus falscher Politik entstandenen Haushaltslöcher zu stopfen. Allein in den Jahren 2004 und 2005 wurden in Deutschland schon Wohnungen im Gesamtwert von 20 Milliarden Euro an Fonds wie »Ceberus« und »Blackstone« veräußert. Die »Deutsche Annington« ist nach eigenem Bekunden schon heute der größte deutsche Wohnungseigentümer.



»Die Deutsche Annington Immobilien Gruppe ist das führende deutsche Wohnungsunternehmen. Das Unternehmen bewirtschaftet rund 230.000 Wohnungen und betreibt ein erfolgreiches Eigentumbildungsprogramm, in dem mehrere Tausend Mieter jährlich ihre Wohnung erwerben.«

»Die Deutsche Annington Immobilien Gruppe (DAIG) erwirbt von der E.ON AG die Viterra zum Preis von etwa 7 Mrd. Euro. Viterra ist ein führendes privates Wohnungsunternehmen und bewirtschaftet etwa 150.000 Einheiten.«

»DAIG befindet sich im Besitz der europäischen Beteiligungsgesellschaft Terra Firma. Zusätzlich hat Citigroup Property Investors (CPI) eine bedeutende Minderheitsbeteiligung an der DAIG erworben und wird das Wachstum des Unternehmens gemeinsam mit Terra Firma unterstützen.«

»Terra Firma ist ein führendes Private Equity Unternehmen. Zuletzt erwarb Terra Firma Beteiligungen an der Waste Recycling Group Limited, den Deponien von Shanks plc, Odeon Cinemas Group und UCI Cinemas sowie an der Tank & Rast AG.«

»In den nächsten drei Jahren soll die Deutsche Annington Gruppe auf einen Bestand von 500.000 Wohnungen wachsen, in fünf bis 10 Jahren könnte sie bis zu einer Million Wohnungen bewirtschaften.«

Auszüge aus verschiedenen Pressemitteilungen der »DAIG«

Finanz-Heuschrecken am Werk

Wenn es einen dauerhaften Beitrag gibt, den Franz Müntefering zur wirtschaftspolitischen Diskussion geleistet hat, dann ist dies die Prägung des »Heuschrecken«-Begriffs für eine spezielle Kategorie international agierender Fonds.

Gemeint sind sowohl »Hedgefonds« als auch »Private Equity Fonds«. In der grundlegenden Ausrichtung unterscheiden sie sich nicht.

Das gemeinsame Vorbild ist der venezianische Kaufmann, der für einen gewissen Zeitraum Geld in ein Abenteuer steckt – sei es eine Handelsfahrt, die Ausrüstung eines Piratenschiffes oder ein Kreuzzug – um nach Ablauf des Zeitraums das Geld zuzüglich einer Rendite von 20% oder auch erheblich mehr einzustreichen.

Wieviele Menschen, Unternehmen oder Volkswirtschaften durch solche Spekulanten zugrunde gerichtet werden, ist ihnen völlig gleichgültig.

Entsprechende Schutzmaßnahmen und Regulierungen durch staatliche Autoritäten werden daher als äußerst störend empfunden. Regierungen, die sich zumindest gelegentlich um das Gemeinwohl sorgen, sind daher der natürliche Feind des Heuschrecken-Fonds.

Zu den heutigen Finanzabenteuern zählen Derivatspekulationen und kurzfristige Firmenübernahmen. In beiden Fällen locken Renditen, die das übliche Niveau von Zinsen, Inflationsraten und Wirtschaftswachstum um das Zehnfache übertreffen. Auf Derivate und verwandte Transaktionen haben sich die Hedgefonds spezialisiert, die Ausschlichtung kurzfristig übernommener Unternehmen betreiben die Private Equity Fonds.

Letztere erhielten ihre fast schon dominante Stellung im weltweiten Übernahmepoker durch die

konsequente Anwendung einer speziellen Technik, die in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts erstmals eingeführt wurde: den »Leveraged Buy-Out« (LBO).

Mit dieser Technik kann ein Fonds ein Unternehmen aufkaufen, das zehnmal so teuer ist wie das vom Fonds eingesammelte Anlagekapital. Möglich wird dies durch die Komplizenschaft der großen Banken.

Der Begriff »Leverage« steht für Hebelwirkung. Gemeint ist die Multiplikatorfunktion durch Bankkredite. Für eine ganz bestimmte Übernahme bewilligt die Bank einen kurzfristigen Kredit, der das Anlagekapital des Fonds um ein Vielfaches übersteigt.

Damit hierbei weder der Fonds noch die kreditgebende Bank einem größeren Risiko ausgesetzt sind, wird das häufig feindlich übernommene Unternehmen unverzüglich zur »Rekapitalisierung« gezwungen. Es muß nun selbst den gesamten Übernahmebetrag an den Fonds zurückzahlen, meist durch Aufnahme eines Bankkredits.

Es wird also nicht nur übernommen, sondern muß auch die Kosten der Übernahme tragen. Der Fonds kann andererseits seinen kurzfristigen Kredit sofort zurückzahlen, und auch die verantwortliche Bank macht dabei eine stattliche Rendite.

Nun kann sich der Fonds ein paar Jahre Zeit nehmen, das Unternehmen, in der Regel nach dem Austausch des kompletten Managements, in Einzelteile zu zerlegen und an Wettbewerber oder andere Finanzinvestoren zu verkaufen. Findet man keinen Käufer, tut es notfalls auch ein Börsengang.

Insgesamt erzielen dabei die Private Equity Fonds und ihre Komplizen im Bankenwesen enorme Renditen.

Einige der beteiligten Heuschreckenfirmen:

THE CARLYLE GROUP

Die 1987 gegründete Carlyle Group beweist, daß es bei den Private Equity Fonds um mehr als nur Geld geht.

Ausländische Firmenübernahmen taugen auch als legale und zudem lukrative Alternative zur Wirtschaftsspionage!

Die Carlyle Group hat führende ehemalige Regierungsmitarbeiter engagiert und interessiert sich insbesondere für Firmen in den Bereichen Militärtechnologie, Luft- und Raumfahrt sowie mobile Telekommunikation. In Deutschland hat man es besonders auf Autozulieferer abgesehen.

Nach der Wahlniederlage von George Bush sen. 1992 wurden führende Regierungsvertreter, einschließlich des Präsidenten, übernommen.

Chef der Carlyle Group war lange Zeit Frank Carlucci, ehemals stellvertretender CIA-Chef, dann Chef des Nationalen Sicherheitsrates unter Reagan und sodann Verteidigungsminister unter Bush. George Bush sen. selbst war nach seiner Amtszeit viele Jahre Asien-Chefberater (»Senior Advisor«) und bereitete neue Übernahmen vor.

Carlyle gehört heute aufgrund seiner zahlreichen Übernahmen zu den 15 führenden Rüstungsunternehmen in den USA, welche direkt Aufträge von der Regierung erhalten. Da traf es sich gut, daß Carlucci und Rumsfeld schon zu College-Zeiten Klassenkameraden waren.

Auch George W. Bush konnte die Carlyle Group einst behilflich sein. Sie beschäftigte ihn Anfang der 90er Jahre als Geschäftsführer bei Caterair, einem von Carlyle kontrollierten Catering-

Service für Fluglinien, bis er dann schließlich zum Gouverneur von Texas gewählt wurde.

Weltweit hat sich Carlyle ein Netz von »Beratern« aufgebaut, welches vorrangig aus ehemaligen Regierungschefs gebildet wird. Sie sollen die Türen für die zum Teil politisch sehr heiklen Übernahmen im Hochtechnologiesektor öffnen.

Dazu gehören oder gehörten z.B. Fidel Ramos, ehemaliger Präsident der Philippinen, Park Tae Joon, ehemaliger Ministerpräsident Südkoreas, John Major, ehemaliger Premierminister Großbritanniens und Karl Otto Pöhl, ehemaliger Präsident der Bundesbank. Weiterhin befinden sich viele ehemalige Vorstandschefs von weltweit tätigen Unternehmen wie Nestle, Roche, BMW, Toshiba, Fujitsu auf der Liste der Carlyle-Berater.

Zu den Übernahmen in Deutschland, zählen u.a. Beru, Honsel, Edscha, Fennel Technologies (alles Autozulieferer), HAT Troplast, (Kunststoffe), Rheinmetall, (Rüstung), Messer Cutter & Welding sowie zahlreiche Immobilien.



Kohlberg Kravis Roberts & Co. (KKR)

Die feindliche Übernahme des Tabak- und Nahrungsmittelkonzerns Nabisco durch KKR im Jahre 1989 war mit 31 Milliarden Dollar lange Zeit das größte Übernahmegeschäft aller Zeiten. Dabei mußte KKR lediglich eine Milliarde Dollar an Fondskapital einsetzen. Der Rest wurde fremdfinanziert und Nabisco aufgebürdet. Damit verhalf KKR dem LBO-Mechanismus zum Durchbruch.

Nach wie vor leiten Kravis und sein Cousin Roberts das Geschäft. Ihre Familien waren vor allem im Ölgeschäft, u.a. in Texas tätig. Kravis unterhält beste Beziehungen zur Bush-Familie

und unterstützt die Republikanische Partei. Im Juli und August 2006 gelang es KKR, innerhalb von zehn Tagen Übernahmen im Wert von insgesamt 50 Milliarden Dollar durchzuführen.

Zu den Zielobjekten gehörten dabei die Halbleiter-Sparte von Royal Philips Electronics, die Telefonbuch-Sparte von France Telecom und der US-Klinikbetreiber HCA. Durch die 33 Milliarden Dollar teure HCA-Übernahme, die KKR zusammen mit anderen Private Equity Fonds betrieb, wurde nun erstmals das Volumen der LBO-Transaktion von Nabisco übertroffen. HCA gehören 176 Krankenhäuser, hauptsächlich im Süden der USA. Im Falle von Philips plant KKR die Emission einer Ramschanleihe im Wert von 4,5 Milliarden Dollar, die größte, die es in Europa je gab.

Zu den von KKR in der jüngeren Vergangenheit in Deutschland getätigten Übernahmen zählen die Demag-Holding (Industriegruppe), Wincor Nixdorf, (Geldautomaten), Auto Teile Unger (ATU), Duales System Deutschland, Dynamite Nobel, MTU Aero Engines (Triebwerke), Stabilus (Gasfedern) und Tenovis (Telekom-Ausrüster).



Die 1985 gegründete Fondsgruppe Blackstone wetteifert seit Jahren mit KKR um die Spitzenposition im Beteiligungsgeschäft. Anders als KKR wolle man aber generell auf feindliche Übernahmen verzichten.

Blackstone will im großen Stile in Deutschland einsteigen und hat daher u.a. Roland Berger als »Chairman of Blackstone Germany« sowie Ron Sommer als Mitglied des »International Advisory Boards« verpflichtet.

Die Telekombranche gehört aktuell zu den Schwerpunkten von Blackstone. Mit anderen Fonds zusammen war Blackstone bei

der 15 Milliarden Dollar teuren Übernahme des dänischen Telekomkonzerns TDC beteiligt. Im April 2006 kaufte Blackstone für 2,7 Milliarden Dollar von der deutschen Regierung (über die KfW) einen 4,5%igen Anteil an der Deutschen Telekom. Blackstone dementierte Zeitungsberichte, es plane in einem gemeinsamen Geschäft mit anderen Fonds die komplette Übernahme der Deutschen Telekom.

Übernahmen und Beteiligungen in Deutschland u.a. bei Celanese (Spezialchemie), Geitesheimer Glas, Sulo, Mariott-Hotel (München), Hotel Nikko (Düsseldorf), Apollinaris & Schweppes GmbH, KabelBW (Kabelbetreiber mit 2 Millionen Kunden) sowie die Telekom-Anteile.



Deutschland gilt derzeit als Haupttummelplatz der weltweiten Private Equity Fonds. Schließlich gibt es hier Immobilienvermögen im Wert von rund 7.200 Milliarden Euro, von denen bislang lediglich 5% dem spekulativen Handel durch Fonds zugänglich sind. Das will man ändern. Rund 100.000 Wohnungen hat Cerberus in den vergangenen Jahren schon gekauft, und zwar fast immer von zuvor staatlichen oder gewerkschaftseigenen Gesellschaften.

Momentan bietet Cerberus für die Teilübernahme der HSH Nordbank. Die WestLB will ihren Anteil von 27 % verkaufen. Es wäre die erste Teilprivatisierung einer Landesbank. Pikant: WestLB-Chef Thomas Fischer war früher einmal als Berater für Cerberus tätig.

Transaktionen in Deutschland u.a. bei Bayer Blutplasma, BauBeCon (20.000 Wohnungen), JADE (7.500 Wohnungen), GSW (66.000 Wohnungen), Deutsche Städte Marketing, Deutsche Eisenbahn-Reklame (DERG), Peguform (Autozulieferer).

Die Macht des Finanzkapitals

Das Finanzkapital ist in eine beispiellose Machtposition aufgerückt.

Zu diesem Machtgeflecht zählen die führenden Notenbanken, die multinationalen Geschäftsbanken, die Hedgefonds und die Beteiligungsgesellschaften (Private Equity Fonds). Die Geschäftsfelder der beiden letzteren überschneiden sich zwar, im Prinzip genießen die über 8.000 meist angelsächsischen Hedgefonds den Vorteil, daß sie nicht reguliert sind, daß sie meist von Steueroasen aus operieren und daß sie Finanzgeschäfte aller Art tätigen können.

Private Equity Fonds hingegen konzentrieren sich auf den Handel mit Firmen. Die Beteiligungsgesellschaften kontrollieren etwa 1.300 Milliarden Dollar, die Hedgefonds über 1.000 Milliarden. Laut einer neueren Erhebung sind Hedgefonds bereits an 87% aller größeren deutschen börsennotierten Unternehmen beteiligt. Private Equity Fonds wiederum haben sich in rund 5.500 deutsche Unternehmen eingekauft.

Das System funktioniert folgendermaßen: die Fonds besorgen sich die erforderlichen Mittel von den Geschäftsbanken, diese verdienen zusätzlich an den Kommissionen auf die Finanzgeschäfte. Insofern sind die Interessen der Fonds und der Banken deckungsgleich. Die Notenbanken wiederum haben das explosionsartige Wachstum der Finanzindustrie nicht nur geduldet und ermöglicht, sie stehen auch jederzeit bereit als Feuerwehr, wenn ein großer, einflußreicher Fonds oder eine Bank in Schwierigkeiten gerät.

Außerdem hat die lange Periode extrem tiefer Zinsen und leichten Geldes den Aufbau des globalen Finanzkasinos überhaupt erst ermöglicht.

Grundgedanke dabei ist, Reichtum zu schaffen, indem nicht etwa produziert, sondern Geld hin- und hergeschoben wird. z.B. durch Firmenübernahmen und Fusionen – und dann auch wieder durch Abspaltung von Unternehmensteilen. Die Motive sind Macht und Profit, was oft auf dasselbe hinausläuft. Nicht selten ist die betroffene Volkswirtschaft der Verlierer – so im Falle der skandalösen Übernahme von Mannesmann durch Vodafone, wobei auch noch die Salzgitter-Röhrentochter für einen Euro verschleudert wurde.

Die Gewinner sind immer die Banken. Sie verdienen an den Übernahmekämpfen, sie stoßen sie manchmal auch an. Es sind immer dieselben Namen: Goldman Sachs, Morgan Stanley, JP Morgan, Lehman Brothers, UBS, Credit Suisse oder auch die Deutsche Bank.

Zu den großen Finanzinvestoren, die gerne auch in Deutschland operieren, zählen Blackstone, KKR, Carlyle und Goldman Sachs. Daß Blackstone im April für 2,68 Milliarden Euro Aktien der Deutschen Telekom gekauft hat (worüber die Bundesregierung geradezu begeistert war), hat in diesem Fall weniger mit den Gewinnaussichten des Unternehmens zu tun. Blackstone will sich vielmehr einen Einblick in die Interna der Telekom-Branche verschaffen.

Eine typische mittelständische deutsche Firma ist den Geschäftsmethoden der Finanzhaie nicht gewachsen. Beispiel: der Autozulieferer Honsel aus dem Sauerland. Als Carlyle den Familienbetrieb übernahm, war er kerngesund. Dann verkaufte Carlyle im November 2004 an den US-Finanzinvestor Ripplewood. Der bezahlte gut 600 Millionen Euro. Ein dazu aufgenommener Kredit über 400 Millionen

ging zu Lasten von Honsel, nicht etwa von Ripplewood. Das Opfer zahlte für seine eigene Übernahme – mit der Folge, daß die nun hochverschuldete Honsel in die Krise geriet.

Noch schlimmer traf es den Sanitärhersteller Grohe, dem es früher glänzend ging, bis er von der Texas Pacific Group geschluckt wurde – auch in diesem Fall auf Pump. Inzwischen ist Grohe mit über einer Milliarde Euro verschuldet, 1.200 der 4.300 deutschen Arbeitsplätze wurden vernichtet.

Die politische Klasse in Berlin, die sich sonst überall einmischt und das Land mit einer grotesken Bürokratie schikaniert, schaut ungerührt zu. Niemand denkt daran, solche Geschäfte per Gesetz zu verbieten. Vergessen ist das Vermächtnis Ludwig Erhards, der in jeder Form von Machtkonzentration die größte Gefahr für die freie Marktwirtschaft sah.

Der Siegeszug dieses so gearbeteten Finanzkapitalismus wäre ohne Mithilfe der Notenbanken, allen voran die amerikanische Federal Reserve Bank mit ihrem ehemaligen Chef Alan Greenspan, nicht möglich gewesen. Unter Greenspan explodierten die amerikanischen Schulden auf zusammengenommen 40 Billionen Dollar. 50 Prozent der Gewinne, die von den amerikanischen Unternehmen erzielt werden, beruhen auf Finanzgeschäften!

Die Blase wird platzen, weil sich Zyklen nur verschieben, aber nicht abschaffen lassen.

Dann stürzt Amerika in eine tiefe Krise. Dann läuft der Film der Globalisierung eine Zeitlang rückwärts. Dann schwindet die Macht der Firmenjäger und Finanzjongleure, bis die Zentralbanken ein weiteres Mal die Welt mit Papiergeld überschwemmen, solange Geld die Welt regiert!

Deutschland heute: Mülleimer für die ganze Welt

2002 wurde ein Skandal aufgedeckt, der in die Geschichte der Bundesrepublik als »Kölner Müllskandal« einging. Es wurde bekannt, daß über Jahre hinweg umgerechnet rund elf Millionen Euro an Schmiergeldern für den Auftrag zum Bau einer Müllverbrennungsanlage geflossen waren.

Es wurde deutlich, daß beim Geschäft mit dem Müll viel Geld zu verdienen ist.

Und wenn es um Geld – um viel Geld – geht, bleibt der gesunde Menschenverstand auf der Strecke. Gewinnmaximierung und steigende Börsenkurse sind den beteiligten Unternehmen wichtiger als der Schutz von Umwelt und Gesundheit.

Australien liegt bekanntlich auf der gegenüberliegenden Seite der Erdkugel. Von dort sollen, wenn es nach den Plänen des australischen Chemieunternehmens Oricon geht, ab Mitte 2007 rund 22.000 Tonnen der hochgiftigen Chemikalie Hexachlorbenzol (HCB) um die halbe Welt transportiert werden, um in Dormagen, Leverkusen, Herten und Brunsbüttel entsorgt zu werden.

Die Ausgaben für den Transport sollen sich auf rund 15 Millionen Euro belaufen, die Gesamtkosten für die Entsorgung liegen bei 30 Millionen Euro.

Ein lohnendes Geschäft also für die Betreiber der Müllverbrennungsanlagen.

Bei solch »schmutzigen« Geschäften aber sind in der Regel die Bürger die Dummen:

Die Dummen, weil ihnen gar keine Wahl bleibt, welche Luft sie atmen;

die Dummen, weil von den Entsorgungsunternehmen so gut wie

keine Information an die Öffentlichkeit gelangt, welche Arten von hochgiftigen Abfällen vor ihrer Nase verbrannt werden;

die Dummen, weil die zuständigen Politiker zwar über diesen Mißstand informiert sind, aber keinerlei Anstalten machen, diesen zu beheben.

Die Anlagen, die sich nach Angaben der Betreiber auf einem technisch sehr hohen Niveau befinden, halten die Grenzwerte der Bundesemissionschutzverordnung zwar ein, dies bedeutet aber nicht, daß dabei keine Schädigung der Umwelt entsteht.

Welche gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung in den dicht besiedelten Ballungszentren die Verbrennung von giftigen Stoffen in unmittelbarer Nachbarschaft über einen längeren Zeitraum hat, ist nicht bekannt. Von einem Störfall, mit dem immer gerechnet werden muß, ganz zu schweigen.

Weitere Gründe gegen die Entsorgung von hochgiftigen Abfällen aus aller Welt sind auch die bei der Verbrennung anfallenden Rückstände und die langen Transportwege.

Die anfallende Schlacke muß endgelagert werden und stellt damit ein neues Umweltrisiko dar.

Der Transport der Behälter geht in diesem Fall per Schiff von Australien über Südafrika nach Brunsbüttel. Die für Dormagen und Leverkusen bestimmte Fracht wird dort auf die Schiene verladen. In Leverkusen wird erneut umgeladen und die Behälter werden per Lkw zu den jeweiligen Anlagen gebracht. Dort haben diese dann eine Strecke von rund 16.000 Kilometern hinter sich.

Dies mag aus unternehmerischer Sicht möglicherweise akzeptabel

sein, nicht jedoch aus ökologischer.

Daß Zwischenfälle im Umgang mit chemischen Stoffen weitreichende Folgen haben, wurde in der Vergangenheit mehrfach deutlich.

Im Gedächtnis geblieben sind dabei die Namen Seveso und Sandoz.

Wir fordern die verantwortlichen Politiker auf, nicht weiterhin tatenlos zuzusehen, sondern diesem Treiben endlich Einhalt zu gebieten. Verweigern Sie die noch ausstehenden Genehmigungen für diesen und folgende Transporte nach Deutschland. Wir sind nicht die Müllmänner der Welt!

Hexachlorbenzol (HCB) gehört zu den zwölf gefährlichsten organischen Giftstoffen, die durch die Stockholmer Konferenz von 2001 international verboten sind. Der weiße, feste Stoff ist brennbar, zersetzt sich beim Erhitzen und bildet dabei toxische Dämpfe. Er wurde früher beispielsweise als Holzschutz oder Desinfektionsmittel verwendet.

Heute darf er unter keinen Umständen in die Umwelt gelangen, da er sich in der Nahrungskette des Menschen anreichert, vor allem in Pflanzen und Fischen.

Eine Vergiftung mit HCB kann bereits über den Hautkontakt erfolgen. Mögliche Folgen beim Menschen sind Schädigungen der Lunge, der Leber, der Haut und des Nervensystems. Bei Tierversuchen wurde auch eine Beeinträchtigung der Fortpflanzungsfähigkeit festgestellt.

Aus Standort D wird Müllhalde D

Die umseitig geschilderten Pläne zur Entsorgung von rund 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol aus Australien ist allerdings nur die Spitze des Eisbergs.

Während ausländische Heuschrecken-Fonds Immobilien und Unternehmen aufkaufen, übernehmen und abwickeln wird Sondermüll aus aller Welt nach Deutschland gekarrt.

Das Umweltbundesamt veröffentlichte gleichzeitig mit ihrer Pressemitteilung vom 5.10.2006 eine Übersicht der »grenzüberschreitenden Verbringung von genehmigungspflichtigen Abfällen«, so die amtliche Bezeichnung.

Demnach wurde im Jahr 2005 die Einfuhr von rund 5,965 Millio-

nen Tonnen Müll mit Inhaltsstoffen, die für Mensch und Umwelt schädlich sind, amtlich genehmigt.

Ein nicht geringer Teil der nach Deutschland zur Vernichtung, Weiterverarbeitung oder auch Lagerung importierten Abfälle stammt aus Ländern, die der einfache Bundesbürger gerade einmal dem Namen nach kennt.

So kamen 2005 aus **Afghanistan** 1.096 Tonnen Sondermüll, aus **Brunei** 8 Tonnen quecksilberhaltige Abfälle, aus **China** 15 Tonnen, aus **Indonesien** 40 Tonnen, aus **Israel** 3.041 Tonnen, aus **Kolumbien** 782 Tonnen, darunter quecksilberhaltige Abfälle und Pestizide, aus **Malaysia** 121 Tonnen, aus **Mexiko** 74 Tonnen, darunter PCB-haltige Öle

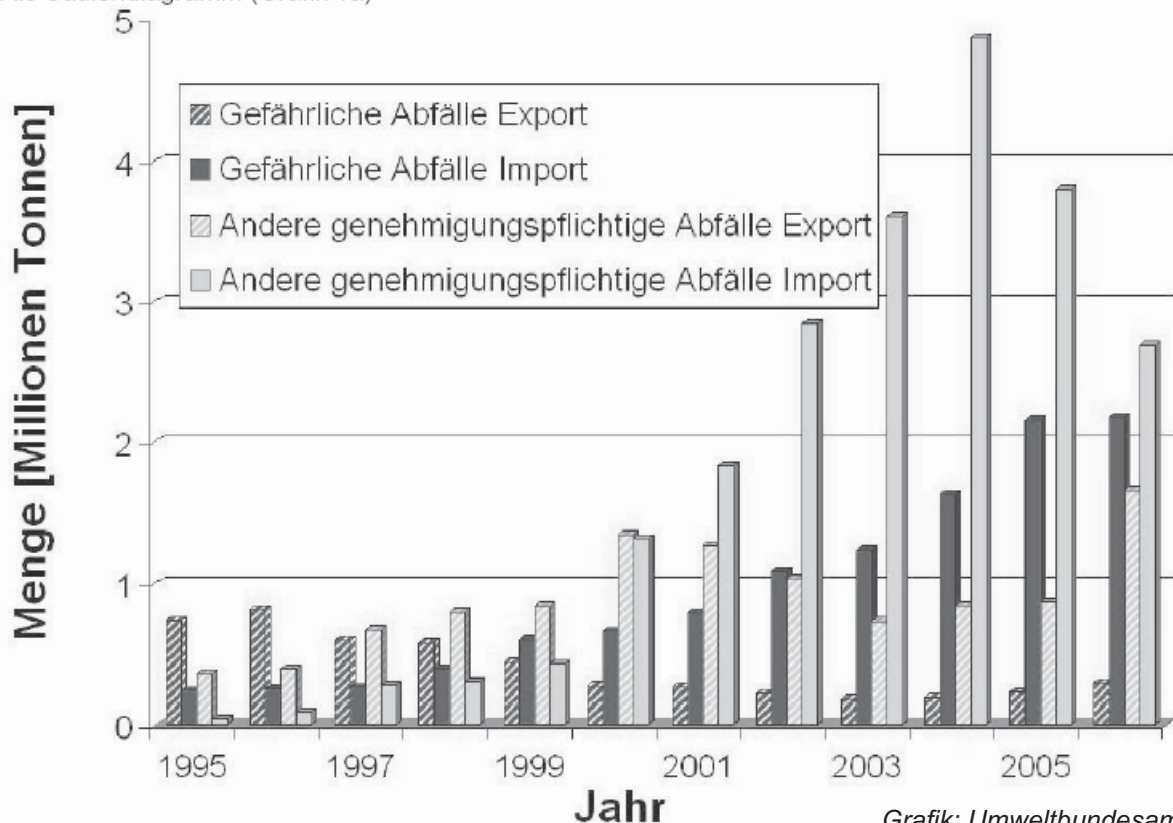
und -Elektroschrott, aus **Neuseeland** 354 Tonnen Pestizide, aus **Pakistan** 69 Tonnen, aus **Singapur** 734 Tonnen, aus **Südafrika** 1.213 Tonnen, aus **Taiwan** 285 Tonnen Altbatterien, aus **Thailand** 201 Tonnen, aus der **Türkei** 427 Tonnen PCB-haltige Öle und -Elektroschrott, aus **Usbekistan** 166 Tonnen, aus **Venezuela** 258 Tonnen, von den **Philippinen** 231 Tonnen sowie aus den **USA** 1.508 Tonnen.

Eine Auflistung der europäischen Länder sparen wir uns hier aus Platzgründen. Eine Liste aller genehmigungspflichtigen Importe liegt uns vor.

Interessierte Leser können beim UN-Archiv, Postfach 400215, 44736 Bochum eine Kopie anfordern (Archiv-Nr. 20710, 51 Seiten)

Entwicklung der Ein- und Ausfuhr gefährlicher Abfälle und anderer genehmigungspflichtiger Abfälle 1995 – 2005 mit Prognose für 2006

Als Säulendiagramm (Grafik 1a)



Deutsche Tornados über Afghanistan?

Deutschland verkommt, wird stillgelegt, ausgeplündert und zugemüllt, aber dafür sollen wir uns an Angriffskriegen auf fremden Bürgerkriegsschlachtfeldern im Dienste fremder Interessen beteiligen!

Von den USA und der NATO bedrängt, sollen im März weitere 500 deutsche Soldaten nach Afghanistan abkommandiert werden, und Bundeswehr-Tornados mit ihren weltbesten Aufklärungssystemen sollen die Stellungen und Bewegungen der Gegner ermitteln, sich aber an den daraufhin erfolgenden Bombardierungen und Angriffen nicht beteiligen. Davor behüte uns das gute Gewissen und das Grundgesetz!

Ein bildhafter Vergleich: Da gibt jemand einem Freund oder Terroristen den Lageplan eines Bank-Kellers und den Schlüssel zum Tresor und wäscht nach

Verteidigungshaushalt 2005 bis 2010

2005	23,9 Mrd. Euro
2006	27,9 Mrd. Euro
2007	28,4 Mrd. Euro
2008	28,7 Mrd. Euro
2009	29,1 Mrd. Euro
2010	29,5 Mrd. Euro

Quelle:
Bundesfinanzministerium,
Regierungsentwurf zum
Bundeshaushaltsplan 2007,
Punkt 8, Verteidigung

dem erfolgten Einbruch seine Hände in Unschuld. Man kann über solche Moral und das Denkvermögen der Regierung und der Bundestagsabgeordneten (das Wort »Volksvertreter« möchte man nicht mehr sagen), die dem zustimmen, nur noch den Kopf schütteln.

56 Bundeswehrsoldaten sind bei solchen Auslandseinsätzen schon zu Tode gekommen. Sollen es noch mehr werden? Wo bleibt die vielgerühmte »Friedensbewegung«? Unsere Forderung seit Jahren:

**Keine
deutschen
Soldaten
ins Ausland
und keine
ausländischen
Soldaten in
Deutschland!**

UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

als Aufkleber erhältlich

Liebe Leser, ganz privat:

»Da kann man nichts mehr machen ...!«

Im letzten Jahr haben wir viele neue Leser gewonnen, aber ab und zu kapitulieren auch einige, weil wir so wenig Positives zu berichten haben. Hier ein Beispiel:

»Liebe UN-Mitarbeiter, bitte senden Sie mir keine UN mehr. Ein Volk, welches seine eigene Sprache aufgibt und verfälscht, das eigene Gold im Tresor einer fremden Macht verwahrt, nichts für stärkere Geburtenzahlen tut, sondern im Gegenteil noch jährlich 130.000 Kinder im Mutterleib ermorden läßt, 62 Jahre nach einem verlorenen Krieg auf eigenen Wunsch noch fremde Truppen im Land hält, hingegen seine eigenen Soldaten in fremdes Kriegsgetümmel schickt und ständig Fremde aus aller Welt aufnimmt, obwohl schon sechs bis sieben Millionen Arbeitslose vorhanden sind, dem ist nicht mehr zu helfen. Da kann man nichts mehr machen. Mit freundlichem Gruß ...«.

Natürlich hat der resignierende Leser mit der Aufzählung aller dieser Absurditäten recht, und man könnte noch etliche hinzufügen.

Aber sollen wir deshalb kapitulieren? Nein! Nur wer sich selbst aufgibt, ist verloren!

In diesem Sinne hoffen wir auf Ihre weitere Unterstützung, wenn möglich auch durch Weitergabe der UN und durch die Werbung neuer Bezieher in Ihrem Bekanntenkreis.

Ihre UN-Mitarbeiter

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32

Telefax: 0208 - 84 87 057

E-Post: info@un-nachrichten.de

Internet:

<http://www.un-nachrichten.de>

<http://www.un-archiv.de>

Impressum:

Herausgeber:

Freundeskreise Unabhängige Nachrichten e.V.
Alstadener Str. 49 · 46049 Oberhausen

Schriftleitung:

Annette Kruse (verantw.), Sabine Möller,
Torsten Schmidt, Martin Voigt

Kein gewerbliches Unternehmen.

Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Nachdruck erlaubt und erwünscht.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Oberhausen

Aktuelle Wirtschaftsdaten

Erwerbstätige:

Dezember 2005: 38,988 Millionen ¹⁾

Dezember 2006: **39,622 Millionen** ¹⁾

Offizielle Arbeitslosigkeit:

Dezember 2006: 4.007.559 ¹⁾

Januar 2007: **4.246.606** ¹⁾

Versteckte Arbeitslosigkeit:

Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik

Dezember 2006: 1.490.939 ¹⁾

Januar 2007: **1.381.481** ¹⁾

Arbeitssuchende:

Dezember 2006: 5.609.369 ¹⁾

Januar 2007: **5.603.391** ¹⁾

Offene Stellen:

Dezember 2006: 591.670 ¹⁾

Januar 2007: **593.667** ¹⁾

Staatsverschuldung:

1.490.223.913.412 Euro ²⁾

Schuldenzuwachs pro Sekunde:

1.056 Euro ²⁾

Schulden pro Kopf:

12.1.2007: 18.740 ²⁾

16.2.2007: **18.077** ²⁾

¹⁾ Bundesagentur für Arbeit, 16.2.2007

²⁾ www.steuerzahler.de, 16.2.2007

Umstellung der Schuldenuhr

»Der Bund der Steuerzahler hat heute seine Schuldenuhr in Berlin umgestellt. Ausgehend von der geplanten Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden für 2007 wurde die Neuverschuldung pro Sekunde mit 1.056 Euro berechnet.

Im vergangenen Jahr betrug der geplante Schuldenzuwachs noch 2.113 Euro pro Sekunde. Anlaß für die Umstellung der Schuldenuhr sind Planzahlen, wonach die Neuverschuldung in 2007 mit rund 33 Milliarden Euro deutlich geringer ausfallen soll als in 2006.

Der Bund der Steuerzahler bewertet die Halbierung der Neuverschuldung pro Sekunde einerseits als ein positives Zeichen. Andererseits bedeutet das keinesfalls, daß Entwarnung gegeben werden kann.

Der Staat ist derzeit immer noch mit rund 1,489 Billionen Euro verschuldet.

Jährliche Zinslasten: 66 Milliarden Euro!

Allein die öffentlichen Zinslasten haben inzwischen mit rund 66 Milliarden Euro fast die Höhe der Ausgaben für unsere Schulen und Universitäten erreicht.

Die haushaltspolitischen Sünden der Vergangenheit lassen sich nur durch einen stetigen Abbau der Staatsverschuldung abfedern.«

Bund der Steuerzahler, 1.2.2007

Die Energiepreise werden weiter steigen:

»Der weltgrößte Kohle-Förderer China muß den Heizstoff in diesem Jahr möglicherweise erstmals importieren, um seine boomende Wirtschaft zu befeuern. Dies könnte den Preis für das Brennmaterial weltweit in die Höhe treiben und wird die Rivalität unter Asiens Kohle-Importeuren anheizen. Diese Einschätzung gab Branchenexperte Paul Markowski von Global Research Partners.«

WAZ, 9.2.2007

Ost-Pommern, Westpreußen, Ost-Brandenburg, West-Posen, Ost-Sachsen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetenland: Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1.- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 € Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck - in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Geb.am/Beruf: _____ Telefon: _____

Ihre UN-Anschriftennummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie die Nummer direkt über der Anrede Herr/Frau)

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis UN, von meinem Konto folgende Beträge abzubuchen:

monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich
 einmalig ab: _____

Betrag: _____ Euro

Meine Bank/Sparkasse: _____

BLZ: _____

Konto-Nr.: _____

Anschrift/Unterschrift: _____

UN-Adreßnr.: _____